



Gemeinderat

Protokoll Nr. 03/2016

Datum Donnerstag, 7. April 2016

Dauer 14:00 - 19:00 Uhr

Anwesend

Präsidentin Tina Gartmann-Albin

Mitglieder Romano Cahannes

Mario Cortesi

Guido Decurtins

Stefan Grass

Oliver Hohl

Dr. Dominik Infanger

Dr. Jürg Kappeler (bis 15:40 Uhr)

Reto Kühnis

Dr. Carla Maissen (bis 16:45 Uhr)

Anita Mazzetta

Adrian Meier

Dr. Jean-Pierre Menge

Dr. Andri Mengiardi

Dr. Hans Martin Meuli

Beath Nay

Urs Rettich

Claudio Senn Meili

Susanne von Rechenberg-Arber

Martha Widmer-Spreiter

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber

Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder

Entschuldigt Michael Trepp





Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 10. März 2016
2. Botschaft Initiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug"
3. Botschaft Neuer Rechnungslegungsstandard (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2 "HRM2"): Neubewertung des Finanzvermögens der Stadt per 1. Januar 2015 (Restatement)
4. Botschaft Hallenbad Obere Au; neue Rutschbahn
5. Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "WSC Wohnungen dem Mittelstand"; Bericht
6. Auftrag SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Planungsmehrwertabschöpfung; Bericht
7. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung
8. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

1. **Protokoll der Sitzung vom 10. März 2016**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig bei 2 Enthaltungen genehmigt.

2. **Botschaft Initiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug"**

Antrag

1. *Die Volksinitiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug" wird als rechtsgültig erklärt.*
2. *Die Volksinitiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug" wird der Volksabstimmung zur Ablehnung empfohlen.*



3. *Der Auftrag Hans Martin Meuli und Mitunterzeichnende betreffend Aufgaben- und verantwortungsadäquate Stadtratslöhne, überwiesen am 17. Dezember 2015, wird als erledigt abgeschrieben.*

Die Volksinitiative kommt bei der grossen Mehrheit des Gemeinderates nicht gut an. So werden sachliche Gründe für das Begehren vermisst, und es ist von Neidkultur und Populismus die Rede. Zudem sei der Leistungsausweis des Stadtrates gut. Das Lohngefüge innerhalb der Stadtverwaltung müsse stimmig bleiben. Vermisst wird auch der Zusammenhang von Stadtratslöhnen mit dem sparsamen Umgang mit den Finanzen.

Nay stellt an den Stadtrat Fragen zur neu gegründeten Region; wer welche Aufgaben für die Region wahrnehme und wie diese entschädigt würden. Die Botschaft sei einseitig und unvollständig. Er anerkenne, dass der Stadtrat im Rahmen von ALÜ 2.0 Einfluss genommen habe. Er zeigt schliesslich auf, wie hoch die Gehälter bei Annahme und Ablehnung der Volksinitiative sind. Dabei rechnet er die Entschädigung der Region Plessur hinzu. 200'000 Franken Jahresgehalt sorgten für gesicherte Lebensumstände und genügend Freiraum, um für die Stadt das Beste herauszuholen. Zu bedenken sei auch, dass die Stadtratsmitglieder mit der Wahl über einen unkündbaren Vierjahres-"Vertrag" verfügten.

Der **Stadtpräsident** kontert den Hinweis von Nay auf die Entschädigungen der Region Plessur mit dem Stadtratsbeschluss zu den Entschädigungen, aus dem er an der Budgetsitzung vom 17. Dezember 2015 zitiert und damit transparent informiert habe. Der Stadtrat habe diese Aufgaben in der Überzeugung übernommen, dass dies die günstigste Variante für die Region sei, da zahlreiche Synergien genutzt werden könnten.

Es sei üblich, dass die Unternehmensleitung am meisten verdiene führt der Stadtpräsident fort. In Anlehnung an die abgelehnte Volksinitiative "1 zu 12", die auch von der SVP bekämpft worden sei, betrage das Verhältnis in der Stadtverwaltung aktuell 1 zu 5; bei einer Annahme der Initiative hingegen nur noch 1 zu 4. Damit greife die Volksinitiative tief in die Systematik der städtischen Löhne ein. Die Lohnhöhe sei auch ein Gradmesser dafür, was Stadtratskandidierende mitbringen müssten. Die Parteien machten ein Auswahlprozedere und versuchten, die bestmöglichen Kandidatinnen/Kandidaten zu portieren. Nay habe am eigenen Leib erfahren müssen, was es heisse, Stadtratskandidat und damit auch Anfeindungen ausgesetzt zu sein. Wenn der Stadtpräsident mit seinen privatwirtschaftlichen Mandaten von früher vergleiche, stelle er fest, dass diese Aufgaben einfacher, weil fokussierter gewesen seien.



Der Stadtrat sei die günstigste Geschäftsleitung Graubündens, und die oberen Kader der Verwaltung dürften nicht mehr verdienen als ein Stadtratsmitglied. Die Entlohnung der Exekutive sei eine staatspolitisch systemrelevante Frage, und eine Lohnsenkung werde man in Zukunft teuer bezahlen müssen, indem die Parteien Mühe haben würden, fähige Leute zu rekrutieren, welche denn auch im Amt genügten.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Die Volksinitiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug" wird einstimmig bei 1 Enthaltung als rechtsgültig erklärt.
2. Die Volksinitiative "200'000 Franken Jahresgehalt sind genug" wird der Volksabstimmung mit 17 Ja- zu 3 Nein-Stimmen zur Ablehnung empfohlen.
3. Der Auftrag Hans Martin Meuli und Mitunterzeichnende betreffend Aufgaben- und verantwortungsadäquate Stadtratslöhne, überwiesen am 17. Dezember 2015, wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.

3. Botschaft Neuer Rechnungslegungsstandard (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2 "HRM2"): Neubewertung des Finanzvermögens der Stadt per 1. Januar 2015 (Restatement)

Antrag

Von der Neubewertung des Finanzvermögens im Rahmen von HRM2 per 1. Januar 2015 (Restatement) wird Kenntnis genommen.

GPK-Präsident Cahannes zeigt sich nicht überrascht vom Ergebnis des Restatements. Dieses sei nämlich nicht finanzwirksam, und er warne vor Begehrlichkeiten. Der im Rechnungsjahr 2015 erzielte Überschuss reiche nicht für eine 100 %ige Eigenfinanzierung der Investitionen. Es seien weitere Anstrengungen nötig, weshalb der Gemeinderat eine Vorberatungskommission zu ALÜ 2.1 eingesetzt habe.

7 weitere Wortmeldungen.



Der **Stadtpräsident** führt aus, das Restatement betreffe nur das Finanzvermögen, nicht aber das Verwaltungsvermögen. 100 % Eigenfinanzierung der Investitionen bleibe das Ziel. Es sei dem Stadtrat zudem ein Anliegen, nicht nur die Kosten-, sondern auch die Einnahmenseite anzuschauen. Aus diesem Grund habe er dem Gemeinderat das "Weissbuch" zu den Potenzialen im Immobilienbereich vorgelegt. Hier liege noch viel mehr drin, als heute erwirtschaftet werde.

Kenntnisnahme:

Von der Neubewertung des Finanzvermögens im Rahmen von HRM2 per 1. Januar 2015 (Restatement) wird Kenntnis genommen.

4. Botschaft Hallenbad Obere Au; neue Rutschbahn

Antrag

Das Projekt Neubau Rutschbahn Hallenbad Obere Au wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 750'000.-- bewilligt (inkl. MwSt, Kostenstand Januar 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5060.01, Kostenstelle 286010 "Hallenbad/Aquamarin").

- **Antrag** auf Rückweisung Freie Liste Verda

Frau **Mazzetta** führt aus, sie seien nicht per se gegen eine neue Rutschbahn, doch seien im Budget 2016 lediglich 500'000 Franken vorgesehen. Zudem habe der Stadtrat ein umfassendes Sanierungskonzept in Aussicht gestellt. Sie seien dagegen, dass jetzt ein einzelnes Projekt vorgezogen werde. Aus diesem Grund seien sie für Rückweisung, nicht jedoch Ablehnung.

Zahlreiche Voten aus allen politischen Lagern sprechen sich für eine Rückweisung aus. Zum einen, weil das Gesamtkonzept fehlt, zum anderen, weil die neue Rutschbahn als Luxuslösung bezeichnet wird. Die Gegner der Rückweisung verweisen primär auf die Abhängigkeit der vom Stadtrat bereits frei gegebenen Deckensanierung mit dem Einbau der neuen Rutschbahn. Zudem wird bemerkt, die Rückweisung könnte als Präjudiz dafür dienen, dass die neue Rutschbahn nicht durch die Decke gehe.



Der **Stadtpräsident** führt aus, das Gesamtkonzept werde dem Gemeinderat in der Junisitzung vorgelegt. Dabei gehe es aber primär um grossräumige Flächenzuteilungen. Die Priorisierung der Schulraumplanung durch den Stadtrat habe zur Folge, dass auch die Fussballplätze von der Ringstrasse auf die Obere Au verlegt werden müssten. Das bedeute, dass es unwahrscheinlich sei, dass die Bäderwelten mittelfristig angepackt würden. Es müssten bei der Rutschbahn so oder so 250'000 Franken in Sicherheitsmassnahmen investiert werden. Der geplante Ersatz der Decke solle dafür genutzt werden, eine moderne, attraktivere Rutschbahn zu bauen. Er rechne damit, dass sich die Rutschbahn allein durch die generierten Mehreintritte in den nächsten 25 Jahren amortisieren werde. Es sei an der Zeit, auf der Oberen Au wieder einmal einen Akzent zu setzen, um einer Abwanderung der Gäste entgegenzutreten.

Abstimmung:

Der Rückweisungsantrag wird mit 11 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Schlussabstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 10 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wie folgt zum Beschluss erhoben:

Das Projekt Neubau Rutschbahn Hallenbad Obere Au wird genehmigt und ein Bruttokredit von Fr. 750'000.-- bewilligt (inkl. MwSt, Kostenstand Januar 2016, Genauigkeit +/- 10 %, Konto 5060.01, Kostenstelle 286010 "Hallenbad/Aquamarin").

5. Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend "WSC Wohnungen dem Mittelstand"; Bericht

Antrag

Der Auftrag sei abzulehnen.

Wortmeldungen von **Hohl, Decurtins, Cahannes, Menge, Frau Mazzetta, Meuli, Kühnis, Nay, Cortesi** und **Stadtpräsident**.



Abstimmung:

Der Auftrag wird mit 14 zu 4 Stimmen abgelehnt.

6. Auftrag SP-Fraktion und Mitunterzeichnende betreffend Planungsmehrwertabschöpfung; Bericht

Antrag

Der Auftrag sei abzulehnen.

Wortmeldungen von **Decurtins** und **Stadtrat Leibundgut**.

Abstimmung:

Der Auftrag wird mit 13 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

7. Petitionen des Jugendparlaments Stadt Chur gemäss Art. 64 Geschäftsordnung

Petitionen:

- *Minergie-A in Chur West*
- *Parkplätze für Elektromobile*
- *Einführung Projekttag in Chur*
- *Tangential-Buslinie*

Abstimmung:

Von folgenden Petitionen des Jugendparlaments wird Kenntnis genommen:

- Minergie-A in Chur West
- Parkplätze für Elektromobile
- Einführung Projekttag in Chur



Die Petition betreffend Tangential-Buslinie wird mit 13 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung an den Stadtrat überwiesen.

8. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung

Die Fragen von Gemeinderat Hans Martin **Meuli** betreffend öffentliche Sicherheit in Chur werden durch den **Stadtpräsidenten** beantwortet.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

Die **Gemeinderatspräsidentin** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag BDP-Fraktion und Mitunterzeichnende zum Kauf des Areals Sennhof
- Auftrag Reto Kühnis und Mitunterzeichnende betreffend Churer Sportstätten - Jetzt!
- Interpellation Mario Cortesi und Mitunterzeichnende betreffend Schutz der Zivilbevölkerung bei Belegung der Zivilschutzanlagen durch Asylanten
- Interpellation Fraktion Freie Liste Verda und Mitunterzeichnende zur Aktualisierung des städtischen Inventars für schützens- und erhaltenswerte Gebäude

Chur, 15. April 2016

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder



Bürgerlich - Demokratische Partei (BDP) Chur
Partida burgais - democratica (PBD) da Cuira
Partito borghese - democratico (PBD) di Coira

Auftrag BDP Fraktion zum Kauf des Areals Sennhof

Die Entvölkerung der Churer Altstadt ist schon heute in aller Munde. Dies, obschon der grosse Abzug von Arbeitsplätzen erst mit der Fertigstellung des Projektes Sinergia durch den Kanton vollzogen wird. Die BDP hat sich bereits 2008 in einem Postulat besorgt über diese Tendenz gezeigt. Ebenso hat die BDP im Jahr 2013 eine Interpellation eingereicht, in deren Beantwortung der Stadtrat aufzeigte, dass er aktuell nicht daran denke, in Bezug auf Sinergia aktiv zu werden. Bezüglich Sennhof schrieb der Stadtrat:

„Eine städtebauliche Einflussnahme ist über die Baukommission und allenfalls durch eine spezifische Planung sichergestellt. Die Übernahme der Stadt ist aufgrund des hohen Schätzwertes und der Absicht des Kantons, das wirtschaftlich beste Angebot zu berücksichtigen, wenig wahrscheinlich.“

In der Altstadt selber hat die Stadt aktuell leider wenig Handlungsspielraum. Lediglich am Rande der Altstadt (Alter Forstwerkhof, Stadthallenareal, Stadtbaumgarten etc.) kann die Stadt selber zur Publikumsintensivierung beitragen. Als essentielles Puzzleteil erachtet die BDP-Gemeinderatsfraktion das Sennhofareal, das Ende dieses Jahrzehntes frei werden soll. Hier haben wir eine der letzten grossen, zusammenhängenden Flächen im Raum Churer Altstadt, auf der städtebaulich entscheidende Impulse gesetzt werden können. Sei es durch einen lange gewünschten Grossverteiler (inklusive Parking), sei es durch die Berücksichtigung weiterer gewerblicher oder kultureller Anliegen, sei es durch Hotel- oder Sondernutzung, die zu einer Belebung der Altstadt führen. Der hohe Schätzwert kann einem Kauf eigentlich nicht entgegeng gehalten werden, denn entsprechend hoch dürfte auch der Ertragswert sein. Und der Kanton darf es sich aus Churer Sicht nicht leisten, die durch Sinergia mitunterstützte Entvölkerung der Churer Altstadt weiter zu befeuern, indem er ein Filetstück der Churer Altstadt an den Meistbietenden verkauft. Immerhin investiert der Kanton in Domat/ Ems aktuell zweistellige Millionenbeträge in Wirtschafts- und Standortförderung, da sollte es doch für Chur in allfälligen Kaufverhandlungen Spielraum geben. Auch der Kanton profitiert schliesslich davon, wenn in einer pulsierenden Alpenstadt Steuersubstrat generiert wird. Wichtig ist: Es ist explizit nicht die Idee dieses Auftrages, dass die Stadt auf dem Areal dereinst selber als Bauherrin auftritt, das Land sollte gemäss der Städtischen Liegenschaftspolitik im Baurecht abgegeben werden! Um Schnittstellen und Unstimmigkeiten zu reduzieren, um zügig vorwärts zu kommen, um nicht als Bittstellerin beim Kanton auftreten zu müssen und um die Churer Bedürfnisse selber bestimmen zu können, erachtet es die BDP als zielführend, wenn die Stadt – zu einem vertretbaren und realistischen Kaufpreis - Eigentümerin der Parzelle wird.

Entsprechend beauftragen die Unterzeichnenden den Stadtrat:

1. Mit dem Kanton in Kaufverhandlungen für das Areal Sennhof zu treten.
2. Das Geschäft dem Gemeinderat und dem Volk zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. In einer Botschaft aufzuzeigen, wie das Areal städtebaulich optimal genutzt und welche Erträge generiert werden könnten.

Chur, den 1. März 2016

Oliver Hohl, Fraktionspräsident der BDP Gemeinderatsfraktion

Susanne von Rechenberg, BDP Gemeinderätin

Martha Widmer-Spreiter, BDP Gemeinderätin



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatsitzung vom

Handwritten signature and date: 7.4.16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

 Titel Antrag BDP Fraktion zum Kauf des Areals Sumbhof

 Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP		
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	<i>MC</i>	
<input type="checkbox"/>	Decurtins Guido	SP	<i>G</i>	
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP		
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP	<i>SG</i>	
<input checked="" type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP		<i>OH</i>
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
<input type="checkbox"/>	Kühnis Reto	CVP		<i>CK</i>
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
<input type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	<i>A</i>	
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>AM</i>
<input type="checkbox"/>	Menge Jean-Pierre, Dr. iur.	SP	<i>M</i>	
<input type="checkbox"/>	Mengiardi Andri, Dr. iur.	FDP		
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	<i>M</i>	
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	unabhängig	<i>BN</i>	
<input type="checkbox"/>	Rettich Urs	SVP	<i>R</i>	
<input type="checkbox"/>	Senn Meili Claudio	SP	<i>S</i>	
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda		
<input checked="" type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP		<i>S.v. Re</i>
<input checked="" type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP		<i>Widmer</i>

Datum: _____

Reto Kühnis
CVP-Gemeinderat



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

7. 4. 16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Eingereicht
Gemeinderatssitzung
7. April 2016

Auftrag: Churer Sportstätten > Jetzt!

Die Churer Sportstätten sind in einem schlechten Zustand. Mit jedem Jahr werden sowohl der Ärger der Bevölkerung schlimmer wie auch die Kosten für die Instandhaltung höher.

Aufgrund der absoluten Tiefzins-Phase ist es der Stadt Chur heute möglich, Darlehen mit einem Zinssatz von rd. 0.40% aufzunehmen.

Ein antizyklisches Verhalten ist heute gefragt: Investieren, wenn die Zinsen tief sind. Dass die Verschuldung während der Darlehens-Laufzeit deutlich erhöht wird, kann vernachlässigt werden.

Der normale Investitions-Plafond ist von dieser Finanzierung nicht betroffen.

Folgende Finanzierungs-Variante ist heute möglich:

50 Mio. zu 0.40% p.a. = 200'000 Zinskosten pro Jahr

Rückzahlung innert 20 Jahren = 2.5 Mio. pro Jahr

Gesamtkosten pro Jahr: 2.70 Mio.

Mit diesem Geld sollen folgende Projekte sehr zeitnah verwirklicht werden:

- a) Weissbuch: Projekt Fussballplätze Chur > Kunstrasen
- b) Weissbuch: Projekt Eishalle Chur auf der Oberen Au
- c) Weissbuch: Projekt Badeanstalt / Bäderwelten Obere Au
- d) Multifunktionale Sporthalle auf der Oberen Au

Die Stadt Chur erhält zeitnah eine «neue» Obere Au. Die Finanzierung kann ohne Mehrkosten und Steuererhöhungen für die Bevölkerung geregelt werden. Die Gesamtkosten pro Jahr von 2.70 Mio. werden mehr als wettgemacht durch die (wegen des Alters) erhöhten jährlichen Aufwendungen für die Sportstätten.

Der Stadtrat wird aufgefordert, dem Gemeinderat eine Botschaft zum Bau und zur Finanzierung (wie oben beschrieben) der Oberen Au vorzulegen.

Reto Kühnis



SVP Chur



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

7.4.16

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Datum **07. April 2016**

· **Interpellation**, gemäss Art. 57 der „Geschäftsordnung für den Gemeinderat“

Thema **Schutz der Zivilbevölkerung bei Belegung der Zivilschutzanlagen durch Asylanten**

In der „SO“ vom 24. März 2016, hält der Stadtpräsident fest, dass Chur bereit sei, weitere 1'500 Flüchtlinge unterzubringen. Dem Bericht zufolge, würde der Stadtrat die zusätzlichen Asylanten mehrheitlich **in Zivilschutzanlagen - auch über einen längeren Zeitraum** - unterbringen.

Zivilschutzanlagen wurden in Friedenszeiten mit Steuergeldern gebaut um der Bevölkerung in Kriegszeiten oder bei Gefahr Schutz zu bieten. Es stellen sich deshalb Fragen.

Fragen

Der Stadtrat wird beauftragt, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die **Signalwirkung**, welche wegen der vorausseilenden Aussage in der „SO“, dass Chur bereit sei, 1'500 weitere Asylanten zu empfangen, möglicherweise ausgeht?
2. Kann die Stadtverwaltung sicherstellen, dass die hier ständig wohnhafte Zivilbevölkerung trotz der vorgesehenen Belegung **jederzeit** und **unverzüglich Schutz** finden kann?
3. Wenn ja, **wie genau** wird die **Zivilbevölkerung**, für welche die entsprechenden Zivilschutzanlagen vorgesehen sind, zu jedem Zeitpunkt **geschützt**, wenn die entsprechenden Anlagen mit 1'500 Asylanten belegt sind?

Mario Cortesi, Gemeinderat SVP Chur

Fraktion Freie Liste Verda



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom

7.4.16
Markus Frauenfelder, Stadtschreiber

Interpellation

zur Aktualisierung des städtischen Inventars für schützens- und erhaltenswerte Gebäude

Der geplante Abbruch des Hauses zur Kante sorgt zurzeit für Proteste und Diskussionen. Dabei geht ein noch grösseres Problem der Stadt Chur vergessen. Gemäss dem Gesetz über den Natur- und Heimatschutz im Kanton Graubünden Art. 1 Abs.1c KNHG ist das kulturgeschichtliche Erbe, insbesondere wertvolle Ortsbilder, Gebäudegruppen und Einzelbauten, deren Ausstattung und Umgebung zu erhalten und zu pflegen. Für die Erfüllung dieser Aufgabe haben gemäss Art. 3 Abs1 KNHG der Kanton und die Gemeinden zu sorgen. Die Stadt Chur kann diese Aufgabe unter anderem mit Instrumenten des Raumplanungsrechts vollziehen.

Das städtische Inventar der schützens- und erhaltenswerten Gebäude stammt aus dem Jahr 1993. Seither wurde das Inventar nicht mehr im Sinne von Art. 7 Abs. 5 des städtischen Baugesetzes angepasst. Gemäss diesem Artikel hat die Stadt, die von ihr erstellten Inventare regelmässig zu prüfen und nachzuführen. Diese Inventare stehen bei Erneuerungen und Umbauten als Projektierungshilfe zur Verfügung, umso wichtiger sind Grundlagen, die laufend aktualisiert werden.

Dazu stellen die Unterzeichnenden dem Stadtrat folgende Fragen:

1. Teilt der Stadtrat die Einschätzung, dass ein gestützt auf Art. 7 Abs. 5 BauG aktualisiertes Bestandesinventar der schützens- und erhaltenswerten Gebäude die Grundvoraussetzung für den Vollzug des KNHG ist?
2. Sinnvollerweise sollte das Inventar im Rahmen der anstehenden Anpassung der Grundordnung aktualisiert werden. Teilt der Stadtrat diese Auffassung?
3. Geschützte und erhaltenswerte Gebäude sind nicht nur vor dem Abbruch, sondern auch vor dem Zerfall zu schützen. Mit welchen Instrumenten gedenkt der Stadtrat dies bei den städtischen Immobilien sicherzustellen?
4. Viele wertvolle historische Objekte in Chur im Eigentum der Stadt oder des Kantons wurden 1993 bewusst nicht ins Inventar aufgenommen. Wie gedenkt die Stadt dem gesetzlichen Auftrag gemäss Art. 1 Abs. 1c KNHG nachzukommen?

Die Unterzeichnenden danken dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen.

Chur, 7.4.2016

Für die Fraktion Freie Liste Verda
Anita Mazzetta

